

AKTUELL

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Aus den Augen, aus dem Sinn?

David Angel

Während weltweit die Flüchtlingszahlen dramatisch steigen, versperren sich die EU-Mitgliedsstaaten gemeinsamen Lösungsansätzen. Das Thema wird wohl die luxemburgische Ratspräsidentschaft überschatten.

Weltweit gibt es so viele Flüchtlinge wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks befanden sich im Dezember 2014 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind 8,3 Millionen mehr als im Vorjahr und 19 Millionen mehr als noch vor zehn Jahren. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen zwischen 2013 und 2014 ist der höchste, der je registriert wurde. In Europa wurden im selben Jahr 6,7 Millionen Flüchtlinge gezählt - wovon allerdings etwa ein Viertel syrische Flüchtlinge in der Türkei sind.

Doch die EU-Mitgliedsstaaten können sich nicht auf eine gemeinsame Reaktion einigen. Auch beim Treffen der europäischen Außen- und InnenministerInnen, das am Dienstag in Luxemburg stattfand, konnte keine Einigung über Aufnahmequoten für Flüchtlinge erzielt werden. Während Deutschland und Frankreich der Idee einer Verteilung der Flüchtlinge auf alle Mitgliedsstaaten prinzipiell zustimmend gegenüberstehen, lediglich „Nachbesserungen“ am Vorschlag der EU-Kommission fordern, lehnen Staaten wie Irland, Großbritannien, Dänemark, Tschechien oder Ungarn die Idee verpflichtender Quoten grundsätzlich ab.

Die Kommission hatte vorgeschlagen, innerhalb von zwei Jahren 40.000 Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea, die gute Chancen auf die Gewährung von Asyl haben, auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Eine solche Quotenlösung wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein; dass um sie trotzdem ein Streit entstehen konnte, führt einmal mehr vor Augen, wie es um die inner-europäische Solidarität bestellt ist.

Der Grenzkonflikt zwischen Italien und Frankreich ist die jüngste Bestätigung hierfür: Hunderten afrikanischen Migranten, die sich auf italienischem Territorium befanden, war die Einreise nach Frankreich verweigert worden. Sie hatten daraufhin tagelang an der Grenze ausgeharrt, bis sie von italienischen Polizisten weggeschafft wurden.

In Ungarn plant man indessen die Errichtung eines vier Meter ho-

hen Grenzzauns an der ungarisch-serbischen Grenze, über die vor allem Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan in den Schengenraum kommen.

Die Toten kommen

Während die EU-Außen- und Innenminister im Konferenzzentrum auf Kirchberg tagten, versammelten sich vor der Tür etwa hundert DemonstrantInnen zu einem „Cercle de silence“. Aufgerufen dazu hatten mehrere Menschenrechts-Organisationen, aber auch die Gewerkschaften OGBL, LCGB und Landesverband. Wie schon bei der Kundgebung im April nach dem Tod Hunderter MigrantInnen im Mittelmeer (woxx 1316) war eine der Hauptforderungen die Einrichtung legaler Fluchtwege in die EU.

Außenminister Jean Asselborn, der das Gespräch mit den TeilnehmerInnen des „Cercle de silence“ suchte, betonte die Wichtigkeit einer Einigung zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten. „Länder wie Frankreich, Deutschland, Italien, aber auch Großbritannien zum Teil, sind sich bewusst, dass ein Scheitern nicht nur der Glaubwürdigkeit Europas massiv schaden würde, sondern auch Schengen in Gefahr bringen könnte“, erklärte er vor der Tür des Konferenzzentrums.

Währenddessen sorgt das deutsche „Zentrum für politische Schönheit“, ein Kollektiv von „Aktionskünstlern“ und Kreativen in Berlin mit seiner letzten Aktion „Die Toten kommen“ für Aufmerksamkeit. An den europäischen Außengrenzen umgekommene Flüchtlinge, die zum Teil in Massengräbern verscharrt wurden, sollen exhumiert, mit dem Einverständnis der Familien nach Berlin überführt und dort würdig begraben werden.

Eine im Mittelmeer ertrunkene Syrerin und ihr zweijähriges Kind wurden so bereits bestattet. Höhepunkt der Aktion wird eine Demonstration vor dem Bundeskanzleramt mit mehreren Begräbnissen sein. Auf Kritik an der Aktion antwortete das Zentrum für politische Schönheit: „Zynisch ist nicht dieses Projekt. Zynisch ist eine Gesellschaft, die buchstäblich über Leichen stolpern muss, um hoffentlich wahrzunehmen, dass die Flüchtlinge keine statistische Größe sind, sondern Menschen, die ein Recht auf unsere Unterstützung haben.“

SHORT NEWS

Tram und Wohnungsbau: Erfolgsprojekte?

(avt) - Vergangenen Freitag präsentierten die Minister Nagel und Bausch ihre Pläne zum Wohnungsbau und zur Tram auf Kirchberg, wohl um nach dem gescheiterten Referendum Handlungsfähigkeit auf diesem Feld zu demonstrieren. Ab Herbst 2017 soll die Tram (Kirchberg-Paffenthal) rund 10.000 Passagiere im Drei-Minutentakt befördern. Daneben stellten die Minister den Neubau von bis zu 6.500 Wohnungen auf Kirchberg in Aussicht, wovon rund 1.600 innerhalb der nächsten fünf Jahre entstehen sollen. Der Kaufpreis - gegenwärtig bei 7.150 €/m² - soll auf 4.200 €/m² fixiert werden, also um rund 40 Prozent sinken. In den drei neuen Wohngebieten (Quartier du Kiem, Réimerwee, J. F. K. Sud), die bis 2020 geplant sind, sollen die Baumaßnahmen zu 50-70% von der SNHBM und zu einem geringeren Teil vom Fonds du Logement realisiert werden. Für die SNHBM wird der Preis auf noch etwas niedrigere 3.250 €/m² festgesetzt. Bei allen diesen Neubauten ist der Erwerb Luxemburger ArbeitnehmerInnen vorbehalten, die nicht schon im Besitz einer anderen Wohnung sind. Ein anteiliger „sozialer Wohnungsbau“ soll Personen begünstigen, die Anspruch auf Wohnungsbeihilfe haben. Explizit als soziale Mietwohnung ausgewiesen sind in den Plänen allerdings nur insgesamt 100 Wohneinheiten, als „preisgünstige“ Mietwohnungen weitere 130.

Filiation : la CCDH présente son avis

(da) - La Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH) a présenté lundi son avis sur le projet de loi 6568 (woxx 1308) portant réforme du droit de filiation. La CCDH se félicite d'abord de l'abolition de la distinction entre « filiation naturelle » et « filiation légitime », mais critique la réduction de la question de la filiation à un modèle familial traditionnel et hétérosexuel. Pour ce qui est de la procréation médicalement assistée (PMA), la commission se réjouit de la volonté de légiférer en la matière, et d'ainsi créer un cadre légal pour une pratique assez fréquente au Luxembourg. Il n'en va pas de même pour ce qui est de la gestation pour autrui (GPA). Dans la ligne de mire de la CCDH : l'interdiction pure et simple de la pratique, combinée à la possibilité de poursuites pénales à l'égard des parents qui en feraient usage. Comme pour l'« Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand », il s'agit pour la CCDH de reconnaître une réalité - puisqu'il existe des pays, même au sein de l'Union européenne, où la GPA est légale. En ce qui concerne l'accouchement sous X, la CCDH recommande l'introduction d'une obligation de dépôt d'informations pour les mères et la création d'un mécanisme indépendant regroupant toutes ces informations.

Frère François, sœur climat

(lm) - « La sauvegarde de la maison commune », c'est-à-dire la préservation des équilibres écologiques, voilà le sujet de l'encyclique publiée le 18 juin par le pape François. Le titre, « Laudato si' », fait référence à un poème religieux invitant des entités naturelles telles que le « frère Soleil » ou la « sœur Lune » à louer Dieu. L'auteur en est François d'Assise, un saint catholique réputé pour son attachement à la nature, mais aussi pour son engagement au côté des pauvres. De même, l'encyclique n'évoque pas seulement l'écologie, et notamment la protection du climat, mais aussi la justice sociale. Elle fustige aussi bien les tentatives de léser les pays pauvres que la croyance aveugle dans des solutions technologiques ou économiques, en particulier les « crédits de carbone ». La présentation de l'encyclique a été faite par un cardinal catholique, un métropolite orthodoxe, deux intellectuelles catholiques pour représenter l'autre moitié de l'humanité ainsi que Hans Joachim Schellnhuber, directeur de l'institut climatologique de Potsdam, dans le rôle du « non affilié ». Cela exprime la volonté de rassembler au-delà de la sphère religieuse, alors que la thématique divise la communauté catholique elle-même, comme aux États-Unis, où le climatoscepticisme est particulièrement répandu.